

„Begegnung“ nicht recht vorstellen. Damit verspielt die Autorin das Potential von Tänzen als historischer Quelle und damit die Möglichkeit, über die geschwätigen Diskurse, die sie so ausführlich analysiert, hinauszugehen. Von kulturwissenschaftlicher Seite könnte man ihr vorwerfen, Tänze als ästhetische Form nicht ernst zu nehmen. Oft hat man den Eindruck, die Autorin findet es ein wenig lächerlich, dass sich davon überhaupt jemand beeindrucken ließ. An den wenigen Stellen, an denen die Autorin einen Versuch startet, Tänze oder Situationen des Tanzens zu beschreiben, fehlt es an analytischer Begrifflichkeit. Die Tanzenden hüpfen und hopsen, sie verrenken ihre Glieder. Das Publikum wird betanzt. Das ist auch aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive problematisch, denn die Gefühle, um die es in der Studie ja eigentlich gehen sollte, werden so nicht historisiert. Welche Organisation von Zeit und Raum findet sich denn in den Tänzen und welche Gefühle ließen sich daran in verschiedenen Konstellationen koppeln?

Die Studie bleibt deshalb etwas hinter dem zurück, was das originell gewählte Thema, die aufwendige Quellenrecherche und auch das theoretische Rüstzeug der Autorin eingangs versprechen. Sie ist zudem begrifflich nicht immer treffsicher formuliert, wobei die Qualität von Kapitel zu Kapitel schwankt.

Ines Prodöhl: Die Politik des Wissens. Allgemeine deutsche Enzyklopädien zwischen 1928 und 1956, Berlin: Akademie Verlag 2011, 301 S.

Rezensiert von
Stephan Scholz, Oldenburg

Vor zehn Jahren erschien zum definitiv letzten Mal eine gedruckte Brockhaus-Enzyklopädie. Sie bildete zumindest in Deutschland den Schlusspunkt einer zweihundertjährigen Geschichte von monumentalen, oft mehrere Dutzend Bände umfassenden enzyklopädischen Werken, die für ein allgemeines Publikum das für relevant erachtete Wissen der Welt zusammenstellen und verfügbar machen sollten. Im 19. und 20. Jh. waren sie die Informationsquellen und Referenzwerke des Allgemeinwissens. Dass der in ihnen konstituierte Wissenskanon immer ein Ergebnis von Selektionsprozessen und damit ein Konstrukt war, verdeutlicht die Arbeit von Ines Prodöhl, die 2008 in Heidelberg als Dissertation angenommen wurde.

Prodöhl beschäftigt sich darin mit den Akteuren, Bedingungen, Strukturen und Zielen der lexikalischen Fixierung des Wissens. Sie untersucht die vielfältigen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Netzwerke, Beziehungen und Verflechtungen die an der Produktion beteiligt sind. Sie betrachtet Enzyklopädien dabei sowohl als Orte und Instrumente der gesellschaftlichen Selbstverständigung und der „Nationalisierung des Wissens“ (S. 55) als auch als „Transfermedien für den Fluss von

Ideen, Werten und Symbolen“ (S. 12), die über den nationalen Raum hinaus wirken. Der Fokus liegt dabei auf der Lexikonproduktion im Dritten Reich und in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Im Zentrum steht das Zusammenwirken zivilgesellschaftlicher und staatlicher (bzw. parteiamtlicher) Akteure unter den Bedingungen der Diktatur. Deutlich wird hier die Bedeutung enzyklopädischen Wissens als Herrschaftsinstrument, indem es mit einem besonders starken Wahrheitsanspruch einhergeht. Prodöhl verfolgt für die beiden großen Lexikon-Verlage F. A. Brockhaus und Bibliographisches Institut (als Verlag der Meyer-Lexika), wie einerseits der NS-Staat versuchte, die Lexikon-Arbeit zu kontrollieren, und andererseits die Verlage aus unternehmerischen Interessen bereitwillig darauf eingingen.

Prodöhl bestätigt den mehrfach geäußerten Eindruck, dass Brockhaus sich dabei zurückhaltender als das Bibliographische Institut verhalten habe, das für sein 1936–1942 erscheinendes „Meyers Lexikon“ besonders aktiv mit der Parteiamtlichen Prüfungskommission (PPK) zusammenarbeitete, die für die Zensur von Lexika zuständig und daran interessiert war, ein Lexikon nach den Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung zu präsentieren. Während des Krieges produzierte das Bibliographische Institut Hilfsmaterial für die Wehrmacht – Nachschlagewerke für einzelne besetzte Länder, Sprachführer und vor allem Karten – und galt daher bis zum Kriegsende als kriegswichtiger Betrieb.

Dass dagegen Brockhaus lediglich eine „stille Anpassung [...] im Spannungsfeld von vermeintlich objektiver Berichterstattung und Resignation“ (S. 143) vorgenom-

men habe, wie Prodöhl resümiert, lässt sich mit ihren eigenen Forschungsergebnissen zumindest hinterfragen. Brockhaus hatte das Glück, dass die meisten Bände seines Großlexikons 1933 schon erschienen waren. Für die restlichen Bände ließ sich der Verlag aber auf eine äußerst aktive Mitwirkung der Zensoren der PPK ein, die gegen Bezahlung zahlreiche Artikel gleich selbst verfassten. Leider lässt Prodöhl den vierbändigen „Neuen Brockhaus“, der ab 1936 komplett in der NS-Diktatur erschien, außen vor. Hilfreich wäre auch ein Vergleich mit dem Herder-Verlag gewesen, das mit seinem 1931–1935 erschienenem zwölbändigen „Großen Herder“ vor denselben Problemen wie Brockhaus stand, die von der PPK gewünschten Veränderungen an den vor 1933 erschienenen Bänden aber nicht akzeptierte, was ein Verbot dieser Bände zur Folge hatte.¹ Inhaltliche Vergleiche ausgewählter Stichwörter der drei Großlexika von Brockhaus, Meyer und Herder wären ebenfalls für eine differenziertere Einschätzung nützlich gewesen.² Auch die weitere enzyklopädische Arbeit von Brockhaus während des Krieges bewertet Prodöhl auffallend nachsichtig: Dass der von der NS-Ideologie erfüllte „Taschen-Brockhaus zum Zeitgeschehen“ von 1941 – nach Prodöhl faktisch „ein Buch der PPK“ (S. 117) – nur ein Zugeständnis gewesen sei, um mit dem unpolitischen „Sprach-Brockhaus“ eigene verlagspolitische Ziele schon mit Blick auf die Nachkriegszeit zu verfolgen, erscheint ebensowenig überzeugend wie die Vermutung, ein projektiertes Jahrbuch für 1944 mit dem Titel „Brockhaus der Gegenwart“ habe mit seinem Namen an das enzyklopädische Nebenwerk „Die Gegenwart“ von 1848 angeknüpft und damit ein poli-

tisches Signal in die Nachkriegszeit hinein geben sollen (ein „Conversations-Lexicon der Gegenwart“ hatte Brockhaus zudem auch schon ab 1838 herausgegeben). Es scheint vielmehr so, dass auch der Brockhaus-Verlag wie das Bibliographische Institut aus unternehmerischen Erwägungen seine liberale Grundhaltung der NS-Ideologie bereitwillig opferte und lediglich am Florieren des Verlags interessiert war, der ebenfalls bis Kriegsende als kriegswichtig eingestuft war.³

Überzeugender sind dagegen Prodöhls Ausführungen zu den grenzüberschreitenden Beziehungen und Verflechtungen der deutschen und schweizerischen Lexikonarbeit in den letzten Kriegsjahren. Prodöhl zeigt, dass es auch in der demokratisch verfassten Schweiz eine auf politischen Interessen beruhende Förderung enzyklopädischer Großprojekte gab. Das Projekt eines „Schweizer Lexikons“ entstand in direkter Reaktion auf die enzyklopädische Arbeit in Deutschland und wirkte auf diese zurück. Nach der Zerstörung des Leipziger Buchhändlerviertels 1943 hofften die schweizer Regierung und Verleger, die Schweiz als neues Zentrum deutschsprachigen Verlagswesens zu etablieren. Sie warben mit dem Image des Hortes freier Geisteskultur, ohne sich direkt gegen das nationalsozialistische Deutschland zu wenden. Das „Schweizer Lexikon“ sollte dafür ein Aushängeschild sein.

Auch hier erweist es sich als Nachteil, dass Prodöhl den Herder-Verlag nicht in die Untersuchung miteinbezogen hat. Denn der Initiator des „Schweizer Lexikons“ war der Verleger Gustav Keckeis, der bis 1934 Geschäftsführer des Herder-Verlages und Herausgeber des „Großen Herder“ gewesen war. Die Zugeständnisse, die er dem

deutschen Staat gegenüber einzugehen bereit war, um das in Deutschland verbotene katholische Herder-Lexikon zur Grundlage eines Schweizer Lexikons zu machen, qualifiziert Prodöhl übertrieben scharf als „deutschfreundliche Anbiederung“ (S. 171). Woran sein Versuch dann letztlich scheiterte, kann Prodöhl nicht überzeugend klären.

Ob das schließlich 1945–1948 erschienene „Schweizer Lexikon“, wie Prodöhl meint, im Ergebnis weniger dem Kulturtransfer aus der Schweiz nach außen diene, als dass es vielmehr Produkt eines Transfers aus NS-Deutschland in die Schweiz war, weil für seine Erstellung auf deutsche Lexika zurückgegriffen wurde, könnte erst ein inhaltlicher Vergleich einzelner Stichwörter zeigen, den Prodöhl selbst leider nicht vornimmt. Nichtsdestoweniger wirkte das Lexikon schon in seiner Vorbereitungsphase auf die enzyklopädische Arbeit in Deutschland zurück. Es erhöhte hier den Druck, im Rahmen auswärtiger Kulturpolitik neue lexikalische Auslandsausgaben zu erstellen, nachdem das von nationalsozialistischer Weltanschauung stark geprägte „Meyers Lexikon“ im Ausland ein voller Misserfolg gewesen war (und in der Schweiz sogar teilweise verboten war). In seltener Einmütigkeit erkannten nun alle beteiligten offiziellen Stellen einen erhöhten Bedarf an einer liberaleren deutschen Enzyklopädie für das Ausland, ohne sich bis Kriegsende dafür auf einen der beiden Lexikonverlage einigen zu können. Die „enorme Bedeutung“ von Enzyklopädien für die Kulturpolitik im Ausland als Instrumente zur „Steuerung der nationalen Fremdwahrnehmung“ (S. 195), die Prodöhl konstatiert, erscheint hier zunächst plausibel. Sie relativiert sich jedoch in ih-

rem alleinigen Zugriff auf die deutschsprachige Schweiz.

Auch die Untersuchung der Lexikonarbeit in der SBZ und frühen DDR ist wenig geeignet, die These zu stützen, dass Enzyklopädien als zentrale Mittel der auswärtigen Kulturpolitik betrachtet wurden. Obwohl hier der Brockhaus-Verlag schon früh – und wiederum bereitwillig in enger Abstimmung mit den staatlichen Zensoren – einen mehrbändigen Volks-Brockhaus erarbeitete, wurde dieser nach Erscheinen des ersten Bandes 1950 sofort verboten und der Verlag kurze Zeit später enteignet. Der neue sozialistische Staat vergab damit nach Prodöhl die Gelegenheit, nach außen hin eine überzeugende enzyklopädische Selbstdarstellung vorzulegen (auf das 1953 im VEB Bibliographisches Institut erscheinende „Lexikon von A-Z“ geht sie leider nicht näher ein).

Die nachfolgend von der DDR favorisierte Option, die große „Bol’skaja Sovetskaja Enciklopedija“ in einem Akt der „Selbst-Sowjetisierung“ (S. 199) übersetzen zu lassen, scheiterte am Desinteresse des großen Bruders in Moskau. Lediglich ausgewählte Artikel erschienen in Broschürenform.

Das sowjetische Beispiel erhärtet hier den Eindruck, den man schon im Kapitel zur nationalsozialistischen Lexikonpolitik erhält: In totalitären Regimen erweisen sich mehrbändige Enzyklopädien zur Selbstdarstellung sowohl nach innen als auch nach außen als eher ungeeignet, weil sie einerseits auf kurzfristige Änderungen der politischen Verhältnisse nur verzögert reagieren können und andererseits der absolute Deutungsanspruch totalitärer Systeme die Präsenz vermeintlich falschen oder überholten Wissens nicht duldet.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. J.-P. Bardian, Zwischen Dogma und Kalkül. Der Herder-Verlag und die Schrifttumspolitik des NS-Staates, in: Buchhandelsgeschichte (2001) 4, S. 145-150 (Neudruck in: ders., Vollendete Ohnmacht? Schriftsteller, Verleger und Buchhändler im NS-Staat. Ausgewählte Aufsätze, Essen 2008, S. 313-324).
- 2 Für das Stichwort ‚Polen‘ vgl. etwa St. Scholz, Die Entwicklung des Polenbildes in deutschen Konversationslexika zwischen 1795 und 1945, Münster 2000, S. 77-102.
- 3 Vgl. T. Keiderling, Enzyklopädisten und Lexika im Dienst der Diktatur? Die Verlage F. A. Brockhaus und Bibliographisches Institut („Meyer“) in der NS-Zeit, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 60 (2012) 1, S. 69–92.